



Münster, 02.05.2023

Ratsantrag zur sofortigen Beschlussfassung

Aufhebung des Grundsatzbeschlusses zur Einführung eines Bike Sharing Systems in Münster

Der Rat möge beschließen:

1. Der „Grundsatzbeschluss zur Einführung eines Bike-Sharing-Systems in Münster“ (V/1181/2019) wird mit sofortiger Wirkung aufgehoben, ein solches System wird nicht eingeführt.
2. Der Abschlussbericht des Gutachterbüros wird zur Kenntnis genommen.

Begründung:

Bereits in der Sitzung des Ausschusses für Verkehr und Mobilität am 31.08.2022 wurde die Fortführung der Arbeiten an dem Fahrradverleihsystem auf Grund der hohen Kosten und der nicht erkennbaren Kosten-Nutzen-Relation stark in Frage gestellt. Ungeachtet dessen wurde bei einer neuerlichen Information der verkehrspolitischen Sprecher*innen bzw. deren Vertretungen am 03.03.2023 ein weiterer Zwischenstand des Projektes gegeben. In diesem konnten die Bedenken an dem Projekt aus dem Jahr 2022 nicht zerstreut werden.

Die Hauptschwachpunkte eines etwaigen öffentlichen Fahrradverleihsystems sollen im Folgenden dargestellt werden:

- In weiten Teilen waren die Argumente, die für das Fahrradverleihsystem vorgebracht wurden, lediglich Argumente dafür, Rad zu fahren. Schlagkräftige Argumente für die Einführung eines städtischen Verleihsystems konnten unterdes nicht vorgelegt werden.
- In den Darstellungen seitens des Gutachterbüros lassen sich keine relevanten Beiträge zu einer Verkehrswende entdecken. Weder wurde schlüssig dargelegt, wie ein Fahrradverleihsystem zu einem Wechsel der Modalform von Kfz zu Rad beitragen soll, noch konnten realistische Nutzungsbeispiele vorgebracht werden.
- Bei der Etablierung eines öffentlich finanzierten Fahrradverleihsystems besteht die Gefahr, dass in Münster bereits gut etablierte Radverleihsysteme verdrängt werden. Dies schmälert zukünftige Entwicklungschancen an einer Stelle, an der Marktmechanismen gut funktionieren. Ein Verlust von bestehenden Arbeitsplätzen bzw. eine Begrenzung der Entwicklungschancen der etablierten Unternehmen wäre zu befürchten.
- Die Stadt Münster würde sich von einem einzelnen Anbieter abhängig machen, anstatt auf die Vielfalt der bisherigen Akteure zu setzen.
- Zwar kann das Verleihsystem in den ersten Jahren gefördert werden, allerdings würde der Haushalt der Stadt bei einer dauerhaften Etablierung des Systems mit mindestens 800.000 Euro jährlich belastet. Auf Grund einer bislang nicht schlüssigen Gegenfinanzierung ist dieses Haushaltsrisiko nicht hinnehmbar.

- Bei einer Realisierung eines öffentlichen Fahrradverleihsystems werden personelle Ressourcen bei den Stadtwerken und in der Verwaltung gebunden, die für relevante öffentliche Aufgaben besser genutzt werden könnten und größere Wirkungshebel entfalten.
- Mit dem Fahrradverleihsystem soll insbesondere auch ein Angebot im Universitätsbereich geschaffen werden. Hier würde ein Angebot für Nutzer*innen geschaffen, die ohnehin in großen Teilen über ein eigenes Rad verfügen. Mobilitätswende setzt aber voraus, dass ein bedeutender Umfang verfügbarer Ressourcen für die Transformation darauf verwendet werden, Umstiege auf den Umweltverbund zu realisieren und nicht die Modalformen innerhalb des Umweltverbundes zu kannibalisieren.
- Es kann nicht garantiert werden, dass ausreichend Fläche zur Verfügung steht, die nicht in Konkurrenz mit anderen Radstellplätzen steht.
- Die angeführten Vorteile eines stationsbasierten Verleihsystems gehen durch eine Ausdünnung bzw. Aufweichung des Systems nach außen hin verloren. Damit ist das Verleihsystem vor allem eine öffentliche Subventionierung für Radmobilität, wo sie ohnehin schon Standard ist.
- Das Fahrradverleihsystem soll nicht gänzlich stationsbasiert sein, sondern Abstellungen sollen insbesondere in Randbereichen auch in „Flexzonen“ und „Flexstraßen“. Die bereits bekannte Problematik der ungeordneten Abstellung von Fahrrädern im öffentlichen Raum würde dadurch weiter verschärft.

Anstelle eines Fahrradverleihsystems mit schlechtem Kosten-Nutzen-Verhältnis sollten bestehende Verleihsysteme durch Kooperationen unterstützt und ggf. ein breiteres Angebot über Marktanreize und konkrete Beauftragung einzelner Dienstleistungen (z. B. Positionierung an besonders nachgefragten Standorten, Ausschreibung einer Verfügbarkeitsgarantie an wichtigen Standorten wie Mobilstationen etc.) angeregt werden.

Mit diesem Aufhebungsbeschluss ziehen die unterzeichnenden Fraktionen und Gruppe die Reißleine und verhindern die übermäßige Verausgabung öffentlicher Mittel für einen zu vernachlässigenden Nutzen. Sie setzen damit klare Akzente für eine ressourcenoptimierte Verkehrswende, die damit auch mehr Spielräume für sozialgerechte Mobilität lässt.

gez.

Christoph Kattentidt
Andrea Blome
Annika Bürger
und Fraktion

Lia Kirsch
Matthias Glomb
und Fraktion

Martin Grewer
Helene Goldbeck

Jörg Berens
und Fraktion

Ulrich Thoden
und Fraktion